

## **BOLIVIEN WÄHLT**

Am 12. Oktober, dem symbolträchtigen Tag der Eroberung Amerikas, wird in Bolivien gewählt. Obwohl die Umfragen Evo Morales weiterhin eine hohe Popularität bescheinigen und der Sieg der amtierenden Regierung außer Frage zu stehen scheint, wird das Ereignis von unterschiedlichen Strömungen der bolivianischen Linken sehr unterschiedlich eingeschätzt. Wir versuchen hier, einen kleinen Einblick in die Bandbreite der in Bolivien diskutierten Positionen zu geben.

Der Journalist *Hugo Moldiz Mercado* ist ein überzeugter Anhänger des politischen Projekts von Evo Morales und Álvaro García Linera und analysiert mit diesem Blick Erfolge und Gefahren. Sein Journalistenkollege *Rafael Archondo* ist der Ansicht, dass die Realpolitik Bolivien eingeholt hat und von den anfänglichen sozialistischen Idealen nur ein kapitalistischer Modernisierungsprozess mit darin enthaltenen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten übrig geblieben ist. *Ximena Soruco* analysiert genau diese soziale Mobilität und die politischen Implikationen der entstandenen neuen indigenen Mittelschichten eingehender.

Berlin, 8.10.2014

Kontakt: Karin Gabbert, E-Mail: [gabbert@rosalux.de](mailto:gabbert@rosalux.de), Tel. 030 44310-440

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

**HUGO MOLDIZ MERCADO**

## **ERFOLGREICHE MODERNISIERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN**

Am 12. Oktober wird gewählt in Bolivien – und nie zuvor war der Ausgang des Urnengangs schon im Voraus so klar wie diesmal. Wenn nicht irgendetwas völlig Unvorhersehbares geschieht, ist die Wiederwahl von Präsident Evo Morales im neuen Plurinationalen Staat Bolivien praktisch gesetzt. Die Opposition ist zersplittert und schwach – und trotzdem wird das Leben der Regierung Morales nach den Wahlen kein Honiglecken sein. Die Herausforderungen sind groß, und ob der politische Prozess in diesem südamerikanischen Land auch weiterhin den Namen Revolution verdient, muss sich erst noch zeigen.

Gemäß diverser Umfragen liegen die Wählerabsichten zugunsten von Morales derzeit zwischen 54 und 60 Prozent. Im ersten Fall würde die regierende MAS-Partei (Movimiento al Socialismo – Bewegung zum Sozialismus) die angestrebte Zweidrittelmehrheit, mit der sie verschiedene wichtige Gesetze durchsetzen könnte, allerdings verfehlen.

Das Lager der Opposition ist zweigeteilt. Da sind auf der einen Seite die Unidad Demócrata (UD, Demokratische Einheit), die den Unternehmer Samuel Doria Medina ins Rennen schickt, und die Christdemokratische Partei (Partido Demócrata Cristiano, PDC) mit Jorge Tuto Quiroga als Kandidaten – ein nicht durch Wahlen, sondern per Nachfolge an die Macht gelangter, konservativer ehemaliger Staatspräsident. Beide Oppositionsparteien kommen zusammen auf rund 29 Prozent in den Umfragen, wobei Doria Medina in den vergangenen Wochen einen Einbruch von 22 auf 19 Prozent hinnehmen musste, Quiroga sich hingegen von sieben auf neun Prozent steigern konnte.

Auf der anderen Seite kandidieren die Movimiento Sin Miedo (MSM, Bewegung ohne Angst) mit Juan Del Granado – ein ehemaliger Verbündeter der regierenden MAS-Partei – und die Grüne Partei (Partido Verde de Bolivia, PVB) mit Fernando Vargas, einem indigenen Vertreter aus dem TIPNIS-Nationalpark. Beide Parteien kommen jedoch zusammen nicht auf mehr als fünf Prozent der Wählerintention, wobei Juan del Granado – ehemaliger Bürgermeister der Stadt La Paz – mehr Rückhalt genießt als der Kandidat aus dem TIPNIS.

Die Gründe für Evo Morales' komfortable Ausgangslage können ebenfalls in zwei Blöcken zusammengefasst werden: Seit Januar 2010 haben sich die sozialen Konflikte stark gemehrt. Die wichtigsten und heikelsten für die Regierung waren sicher die Protestmärsche gegen den geplanten Bau einer Straße durch den TIPNIS-Nationalpark<sup>1</sup> und die Unruhen rund um eine beabsichtigte Benzinpreiserhöhung. Trotzdem hatte Morales noch genügend Spielraum, um ein Wirtschaftsmodell voranzutreiben, mit dem er im Vergleich zu anderen Ländern in der Region überaus sehenswerte, in der Geschichte

<sup>1</sup> 2011 setzten sich indigene Gruppen aus dem Indigenen Territorium und Nationalpark Isiboro Sécore (Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécore, TIPNIS) in einem Protestmarsch vom Departement Beni im Norden des Landes bis La Paz gegen den geplanten Bau einer Straße durch ihr Territorium zur Wehr. Auch Teile der städtischen Mittelklasse unterstützten die Aktion, und die Planungen wurden trotz einer für die Regierung positiv ausgefallenen Volksbefragung aufgrund der Proteste schließlich ausgesetzt.

des Landes noch nie dagewesene Erfolge erreicht hat: Die bolivianischen Exporte sind von durchschnittlich jährlich 1 Milliarde US-Dollar auf 12 Milliarden US-Dollar geklettert, die internationalen Nettoreserven von 1,7 Milliarden US-Dollar auf 14,5 Milliarden hochgeschwungen, das BIP hat sich beinahe verfünffacht (von 7 Milliarden auf 32 Milliarden US-Dollar) Damit hat die bolivianische Wirtschaft 2013 das zweithöchste Wachstum der Region verzeichnet, und auch dieses Jahr wird sie diesen Platz halten können.

Hinzu kommen die Staatsüberschüsse (ca. 48 Prozent des BIP), die über verschiedene Sozialpolitiken verteilt werden, (Altersrente – Renta Dignidad; Schülerbonus – Bono Juancito Pinto; Mütterbonus – Bono Juana Azurduy), jährliche Lohnerhöhungen, die im Durchschnitt höher ausfallen als in 20 Jahren Neoliberalismus, doppeltes Weihnachtsgeld in Jahren, in denen die Wirtschaft um mehr als 5,5 Prozent wächst, und weitere soziale Maßnahmen zugunsten sozial schwacher Sektoren wie das Gesundheitsprogramm Mi Salud, das Tausende von kubanischen Medizinerinnen und in Kuba ausgebildete bolivianische Ärzte involviert.

## **OPPOSITION IN DER DEFENSIVE**

In einem zweiten Block von Gründen für Morales' Vorsprung für die Wahlen vom 12. Oktober wäre zu erwähnen, dass die Vorschläge der Opposition nicht die eigentlichen Inhalte des derzeitigen Regierungsprogramms infrage stellen, sondern lediglich deren Form. Dies hat zum Eindruck geführt, dass die Opposition gar kein alternatives, neues Projekt zu bieten hat. Mehr noch: Die beiden wichtigsten Oppositionsparteien (UD und PDC) plädieren in Sachen Erdöl- und Erdgaspolitik für eine Reduzierung der staatlichen Beteiligung an den Förderunternehmen: Eine schlägt die Änderung des Verhältnisses von 87/13 auf 50/50 vor, die andere Eigentumstitel für die BolivianerInnen an den Staatsbetrieben – eine Neuauflage eines alten unter dem Namen «Kapitalisierung» bestens bekannten Konzeptes.<sup>2</sup> Allerdings traut sich keine der beiden Parteien, dies alles auch beim richtigen Namen – nämlich «Privatisierung» – zu nennen, was belegt, wie stark verwurzelt der im Zuge des Transformationsprozesses in Bolivien entwickelte Diskurs ist.

Zu sehen ist die Macht dieses Diskurses auch daran, dass die Opposition nicht agiert, sondern lediglich auf alles, was die Regierung tut und sagt, reagiert. Auch ihre Schwerpunkte Menschenrechte, Korruption, Drogenhandel und Demokratie haben die Kräfteverhältnisse nicht zu verschieben vermocht.

Die Kombination all dieser Gründe für die günstige Ausgangslage von Evo Morales hat dazu geführt, dass die Opposition es nicht geschafft hat, die subjektive Wahrnehmung der BolivianerInnen zu verändern. Und diese Wahrnehmung ist, dass viel getan wird, um die materiellen Lebensbedingungen der Menschen zu «modernisieren». Satelliten, doppelspurige Überlandstraßen, Erweiterung des Trinkwasser- und Stromnetzes, günstige Wohnungsbaukredite – alles Dinge, mit denen in anderen Ländern längst keine Wahl mehr zu gewinnen ist. In Bolivien jedoch sind sie die praktische Umsetzung einer Entwicklungsagenda, auf die das Land schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts wartet.

Nun hat Politik ja vor allem mit Kräfte- und Machtverhältnissen zu tun. Die Machtstellung der Regierung wurde seit 2008 aufgebaut. Obwohl Morales aus der Abberufungswahl vom 10. August 2008 als Sieger hervorging, versuchten die Hardliner der Opposition die Regierung durch undemokratische Mittel ins Straucheln zu bringen, doch mussten sie sich schließlich sowohl militärisch als auch politisch geschlagen geben und zogen später auch an den Urnen den Kürzeren. Dies verschaffte Morales nicht nur den triumphalen Wahlsieg im Dezember 2009 – der erste unter der neuen Staatsform, dem Plurinationalen Staat Bolivien –, sondern legte auch den Grundstein für die nachfolgende Annäherung an die Privatwirtschaft, insbesondere in Santa Cruz, wo das Unternehmertum sich von Morales' Wirtschaftsmodell, das zwar auf Umverteilung abzielt, ihm aber trotzdem lukrative Gewinne ermöglicht, verführen ließ.

Nachdem er 2013 in einem Kräftemessen mit der Regierung um ein neues Pensionsgesetz unterlegen war, beschloss nach zwei nationalen Vollversammlungen auch der mächtige Gewerkschaftsverband, die Central Obrera Boliviana (COB), sich in den Transformationsprozess, der in Bolivien als Proceso de Cambio bekannt ist, einzufügen.

Und last, but not least hat auch Boliviens Position auf der globalen Bühne zum Ausbau der Vormachtstellung der Regierung Morales beigetragen. Dank einer ganzen Reihe wichtiger internationaler Großveranstaltungen, die im Land stattgefunden haben und bereits Teil der Wahlkampagne waren (Treffen des Weltgewerkschaftsbundes, Sao Paulo Forum, Anti-Imperialismus-Gipfel, G77+China) entstand das Bild eines auf internationaler Ebene einflussreichen Landes. Besonders medienwirksam war der G77+China-Gipfel, in dessen Schlussklärung Bolivien das Konzept des Guten Lebens (Buen Vivir) weltweit bekannt machen konnte.

## **GEFAHR INTERNER ZWISTIGKEITEN**

Doch trotz aller Präsident Morales favorisierender Kräfteverhältnisse sollte er den Tag nicht vor dem Abend loben. Das Fehlen einer Opposition, die in der Lage wäre, ihm kurzfristig größere Probleme zu machen, gibt Raum für interne Zwistigkeiten und Spannungen. Davon, wie diese Widersprüche gelöst werden, hängt die weitere Zukunft des Transformationsprozesses ab. Die derzeitige Vormachtstellung und die Schwäche der Opposition bringen auch mit sich, dass es innerhalb von Staat und Regierung selber Kämpfe um verschiedene Denk- und Sichtweisen über den Wandel gibt. Das Charisma und die starke Präsenz sowohl von Evo Morales wie auch seinem Vize Álvaro García Linera werden sich positiv auf die Lösung der internen Konflikte auswirken, und trotzdem: Die Machtverhältnisse innerhalb des regierenden Blocks, in dem auch Personen mitmachen, deren linke politische Haltung in Zweifel zu ziehen ist, werden dafür sorgen, dass sich die internen Widersprüche nicht ohne Turbulenzen lösen lassen.

<sup>2</sup> «Kapitalisierung» ist ein in Bolivien bekannter euphemistischer Begriff, mit dem in der Vergangenheit versucht wurde, die durch die Übergabe strategischer Staatsbetriebe an ausländische Unternehmen verursachte sozialen Unruhen in den Griff zu bekommen.

Und der erste wichtige Konflikt lässt nicht auf sich warten: Soll die Verfassung geändert werden, um Evo Morales nach der nun folgenden Amtszeit eine weitere Wiederwahl zu ermöglichen? Eine detaillierte Analyse der Wahlergebnisse am 12. Oktober wird zeigen müssen, ob die Mehrheit der WählerInnen sich mit einer solchen Aussicht anfreunden könnte. Klar ist, dass eine erneute Kandidatur nicht automatisch möglich ist, aber Vizepräsident Álvaro García Linera schließt eine entsprechende Verfassungsänderung aus – er selber werde nach 2020 wieder zu seinen akademischen Aktivitäten zurückkehren und Morales in seine Heimatregion Chapare.<sup>3</sup>

Ein weiteres Spannungsfeld eröffnet sich zwischen Revolution und Verwaltung oder Amtsführung. Die beiden Prozesse können sich ergänzen – oder auch nicht. Konzentriert sich die Regierung mehr auf die Amtsführung, kann es sein, dass sie sich vom Ziel des Wandels entfernt, denn nicht jedes gute Amtsgeschäft bedeutet zwingend auch eine Vertiefung des Transformationsprozesses. Obwohl: eine der großen Herausforderungen der Linken im 21. Jahrhundert ist es ja gerade, zu belegen, dass eine gute Revolution eben auch einer guten Amtsführung und Verwaltung bedarf.

Eine Regierung, der es nur darum geht, ein altes Modell weiter zu verwalten, wird mit der Konzentration auf Amtshandlungen und Resultate – egal wie diese aussehen – wahrscheinlich gut fahren. Für eine Regierung aber, die die Veränderung der kapitalistischen und kolonialen Ordnung anstrebt, kann eine solche Prioritätensetzung gefährlich werden. Eine große Herausforderung ist hier zum Beispiel die Suche nach neuen, sich von den Vorgaben von Weltbank und Währungsfonds unterscheidenden Entwicklungsindikatoren.

Aber vielleicht schafft die Regierung es ja, Amtsführung und Verwaltung mit ihrem Alternativprojekt zum Kapitalismus, einem kommunitären Sozialismus für ein Gutes Leben, und mit den Zielen der Initiativen aus der Bevölkerung wie beispielsweise dem Plurinationalen Treffen und den Vorarbeiten für die Patriotische Agenda für die Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich von 200 Jahren der Unabhängigkeit Boliviens (2025) in Einklang zu bringen.

Ein drittes wichtiges Konfliktfeld besteht zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. Es geht sicher nicht darum, Ersterer zu eliminieren, aber die direkte und partizipativ-gemeindebasierte Demokratie dürfen nicht mehr Sklaven der repräsentativen Form sein. Gelingt dies nicht, verwandeln sich die artikulierten pluralen Subjekte, die die Revolution erst möglich gemacht haben, zurück in von Partikularinteressen geleitete soziale Akteure und werden als Elemente der Wahlmaschinerie instrumentalisiert. Die Herausforderung ist also, einen Weg zu finden, mit dem die repräsentative Demokratie nur ein Ausdruck dessen ist, was innerhalb von direkten, partizipativen und gemeindebasierten Demokratien gedacht, gemacht und beschlossen wird.

Reibung besteht auch zwischen privaten und gemeindebasierten Formen, Reichtum zu schaffen und zu organisieren. Hier sollte die Lösung die zweite Form favorisieren, und wir können auch bereits positiv vermerken, dass der Staat heute kräftig in der Wirtschaft mitmisch – als Produzent, Förderer und direkter Akteur.

Die ganz große Aufgabe aber besteht darin, die materiellen Bedingungen (Infrastruktur, wirtschaftliche Konditionen) dafür zu schaffen, dass die ländliche und auch städtische Gemeindeökonomie weiter Fahrt aufnehmen können. Verantwortlich dafür ist nicht allein die Regierung, denn die Entwicklung der Gemeindeökonomie liegt in den Händen der artikulierten pluralen Subjekte, die die bolivianische Revolution vorantreiben. Diese historischen Subjekte müssen ihr Aktionsfeld von der Politik auf die Wirtschaft erweitern und so die Bedingungen herstellen für den Aufbau einer Gesellschaft freier ProduzentInnen. Dabei geht es nicht darum, Privatinitiative zu unterbinden oder diese in eine Formel von *Partnern und nicht Arbeitgebern* zu pressen. Ziel muss sein, eine Form zu finden, in der das Gemeindebasierte vorherrscht und in der das Soziale die (staatliche, Gemeinde- und genossenschaftliche) Wirtschaft dominiert.

Das fünfte und letzte Konfliktfeld betrifft die Nutzung der natürlichen Ressourcen und den Schutz von Mutter Erde. Die Lösung ist komplex, aber komplementär. Seit der europäischen Invasion ist Bolivien praktisch zu einer extraktivistischen Vision und Wirtschaftspraxis verdammt, und dieser Fluch ist auch heute unter einem anderen, nicht neoliberalen Wirtschaftsmodell noch nicht besiegt. Entscheidend wird sein, einen klaren Übergang zu schaffen von einem Modell der Akkumulation zu einer neuen Entwicklungsform. Wie langsam oder schnell dies gelingt, hängt jedoch sehr stark auch von Faktoren ab, die außerhalb der Entscheidungen und Grenzen Boliviens liegen.

Nach dem Klimawandelgipfel in Tiquipaya und Evo Morales' Rede vor der UNO am 22. September dieses Jahr<sup>4</sup> ist klar: Ausgangspunkt muss eine vernünftige, nicht einer «kapitalistischen Logik» folgende Nutzung der natürlichen Ressourcen sein. Dabei geht es nicht darum, die BolivianerInnen zu WaldhüterInnen zu machen, während die großen multinationalen Konzerne und hoch entwickelten Länder die Umwelt nach Belieben weiter verschmutzen und sich weigern, ihren Beitrag zur Reduzierung des Treibhauseffektes zu leisten. Es geht darum, den Zugang zu Telekommunikation und Internet, zu qualitativ angemessenen Leistungen in Gesundheit und Erziehung/Bildung, zu einem das Land integrierenden Straßennetz etc. für alle zu öffnen, ohne dabei Umwelt, Natur und Mutter Erde zu gefährden – ein fortdauerndes, noch lange nicht gelöstes Spannungsfeld.

*Hugo Moldiz Mercado ist Direktor der regierungsnahen bolivianischen Wochenzeitung La Época. Er ist in verschiedenen internationalen Medien präsent. Er ist außerdem als Autor, Verleger und Dozent tätig. Immer war er in linken Parteien aktiv, zurzeit ist er Koordinator des Estado Mayor del Pueblo, einer Instanz, die zwischen linken Parteien, der bolivianischen Regierung und sozialen Bewegungen vermittelt.*

Übersetzung: Cordi Thöny

<sup>3</sup> Auf einen Vorschlag der Opposition, die Verfassung zu reformieren, antwortete García Linera: «In unserem Regierungsprogramm ist eine Verfassungsänderung nicht vorgesehen, für uns ist sie in Ordnung, so wie sie ist.» <sup>4</sup> Der Weltgipfel der Völker zum Klimawandel hat 2010 in Tiquipaya, Bolivien, stattgefunden und eine Arbeitslinie verabschiedet, mit der Mutter Erde vor dem kapitalistischen Raubbau geschützt werden soll. Am 22. September 2014 hat Präsident Evo Morales im Rahmen des Ersten Weltkongresses der Indigenen Völker am UNO-Hauptsitz dazu aufgerufen, die Einheit der Völker der Welt rund um die drei Elemente Leben, Mutter Erde und Frieden aufzubauen.

# REGULIERTER KAPITALISMUS

Am 12. Oktober 2014 wählen fast sechs Millionen BolivianerInnen einen neuen Staatspräsidenten oder bestätigen den seit nunmehr neun Jahren regierenden Evo Morales ein weiteres Mal in seinem Amt.

Es wird das fünfte Mal sein, dass Morales für das Staatspräsidentenamt kandidiert, und für viele Beobachter ist klar: Wirklich zu wählen gibt es diesmal herzlich wenig. Präsident Morales hat sämtliche Machtquellen fest im Griff. Seit 2006 hat seine Partei – die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) – im Parlament die absolute Mehrheit inne und hat diese bisher in sämtlichen Urnengängen halten können. Nur einmal musste Evo Morales eine Niederlage einstecken: 2011, als die BolivianerInnen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die obersten RichterInnen selbst wählen konnten. Die Mehrheit der WählerInnen gab ihrem Unmut Ausdruck, in dem sie leere oder ungültige Wahlzettel abgab. Nun, die Niederlage sollte eine Ausnahme bleiben und war nicht, wie viele dachten, der Anfang vom Ende von Morales' enormer Legitimität.

Aber warum ist die MAS-Partei so stark, wie es in der bolivianischen Geschichte bisher nur die MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario, Nationalistisch Revolutionäre Bewegung) war? Gründe dafür gibt es mehrere, hier die wichtigsten:

1. Das «Wirtschaftswunder»: Nach der Verstaatlichung des Erdöl- und Erdgassektors 2006, die nicht eigentlich eine Enteignung der großen multinationalen Unternehmen darstellte, sondern lediglich eine drastische Veränderung des steuerlichen Rahmens, haben sich die Staatseinnahmen Boliviens versiebenfacht.
2. Eine umfassende Umverteilungspolitik: Sie kommt den Ärmsten der Armen zugute, Mütter, Kinder und Alte erhalten Bargeldboni. Die auch in Brasilien und Mexiko angewandte Politik ist unter der Bezeichnung «konditionierte Direktzahlungen» bekannt und war in Bolivien sehr erfolgreich. Die extreme Armut ist signifikant zurückgegangen, allerdings hat sich auch ein großes Heer von Menschen gebildet, die ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise aus diesen staatlichen Zahlungen bestreiten.
3. Eine dezentralisierte Politik der Infrastrukturaufbesserung, die direkt vom Präsidentenpalast aus betrieben wird und Tausende von kleinen und großen Bauprojekten finanziert. In fast allen Dörfern gibt es mindestens ein von Evo Morales «persönlich geschenktes» Krankenhaus, Gemeindehaus oder einen Fussballplatz.
4. Eine sehr professionelle Imagepflege, die die Erfolge der Regierung geschickt hervorhebt – zum Beispiel den Start des ersten bolivianischen Satelliten ins All.
5. Die politische Kontrolle der Exekutive über Gewerkschaften und die mächtigen sozialen Organisationen der Kleinbauern, Minenarbeiter, Lehrer- und Studentenschaft.
6. Die Zersplitterung der Opposition in mehrere Lager. Vier Oppositionskandidaten sind derzeit im Rennen um die Präsidentschaft, sie vermögen Morales aber nicht annähernd gefährlich zu werden.

Mit diesen meist mit friedlichen Mitteln erzielten Erfolgen will die MAS-Partei nun noch mindestens bis 2019 weiter regieren – das wären dann 14 Jahre (2006–2019) – und Bolivien «für immer» verändern. Wird ihr das gelingen? Welchen Preis würde es das Land kosten, und welche Vorteile würde es bringen, sollte Morales zum dritten Mal gewinnen?

Klar ist: «Wandel» ist das Motto des Augenblicks. Aber auf welche Weise wandelt sich Bolivien?

Als wichtiger Teil der bolivianischen Linken hatte die MAS-Partei anfänglich den Sozialismus als Ziel vor Augen und war damit einer der wichtigsten Gegner des Neoliberalismus. Die Kampagnen der MAS in den 1990er Jahren richteten sich vor allem gegen die Privatisierungen. Erklärte Feinde des Landes waren die Weltbank und der IWF, Verbündete dagegen Chávez' Venezuela und Castros Kuba.

Nun hat die bolivianische Wirtschaft aber gerade dank der großen Erdölmultis Fahrt aufnehmen können, und dies bewog die MAS zu einer markanten Kursänderung. Eine um das Siebenfache gewachsene Wirtschaft war Grund genug, nun Stabilität anzustreben und den sozialistischen Eifer abzulegen: Regulierter Kapitalismus hieß nun das neue Ziel.

Die MAS inszeniert sich heute als einzig mögliche Alternative für das Land. Den Klassenkampf hat sie hinter sich gelassen, dafür sind ihre Übereinstimmungen mit dem Unternehmertum und dessen Verbänden heute deutlich zu erkennen.

«Die MAS hat den ersten Impuls zur gesellschaftlichen Veränderung gegeben, doch hat sie sich im Lauf der Zeit stark verändert und die gesamte bolivianische Gesellschaft mit ihr.»

*Rafael Archondo*

Hat sich die MAS zu einer wirtschaftsliberalen Partei gewandelt? Das kann man so sagen, auch wenn sie, trotz dieses Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik, noch immer dieselben linken Symbole hochhält, die ihre Anhänger zu Beginn des Prozesses inspirierten. Die MAS-Partei hat den ersten Impuls zur gesellschaftlichen Veränderung gegeben, doch hat sie sich im Lauf der Zeit stark verändert und die gesamte bolivianische Gesellschaft mit ihr. Die Bilder von Che Guevara oder dem indigenen Volkshelden Tupac Katari dienen nun plötzlich neuen Zielen: Sie zieren die Logos gewisser Investoren und vermischen sich mit den Zeichen zeitgenössischer Modernität.

Bei der Volkszählung vor 13 Jahren hat die Mehrheit der BolivianerInnen sich selbst als indigen bezeichnet. Die neue Linke konnte sich damit das authentische Gesicht Boliviens aufs Banner heften: die Armen, die rechtmäßigen EigentümerInnen dieses Landes, die Indigenen, die große Mehrheit, die doch eigentlich das Land regieren sollte. Und dann kam Evo Morales, erster indigener Staatspräsident nach 180 Jahren Unabhängigkeit. Vor zwei Jahren nun gab es wieder eine Volkszählung,

bei der sich jedoch nur noch 42 Prozent der BolivianerInnen als Nachfahren und Teil der alten Kulturen bezeichneten, die das Land vor der Kolonisierung durch die Spanier prägten.

Was war in der Zwischenzeit geschehen? Ein mögliche Antwort könnte sein: Die Modernisierung der Gesellschaft, also ihr Eintauchen in westliche Konsummuster, hat die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verblassen lassen.

Langsam, aber sicher wird Bolivien ein ganz «normales» Land. Die Kritik, die vor zehn Jahren noch für Furore gesorgt hat, nimmt heute niemand mehr ernst. Die Worte stimmen nicht mehr mit den Tatsachen überein. Man sagt «Sozialismus», aber man meint «soziale Aufstiegschancen». Heute ist das angestrebte Lebensziel, reich zu werden und westliche Konsumgüter zu besitzen.

Bedeutet das, die eigene Kultur zu verleugnen? Handelt es sich dabei um eine Art selbstgewählter Entfremdung? In einem politischen Sinn ja, vielleicht auch in einem historischen Sinn. Die Kritik, dass Bolivien seine politischen Ideale verraten hat, wird immer lauter werden, besonders aus dem Ausland. Und als Beweis für den Verrat an den Zielen des «Wandels» wird man auf das Manifest von Tiquipaya verweisen.

Die MAS-Partei war ausgezogen, die bolivianische Realität zu verändern. Die Dynamik rund um die Bodenschätze, vor allem das Erdgas, hat die Regierung dazu bewogen, ihre Prioritäten zu verschieben. Heute soll Bolivien wenigstens eine mittelstarke Macht in Lateinamerika werden, das Land soll industrialisiert werden und in den globalen Wettbewerb einsteigen. Manchmal werden die Chinesen angeführt, die mit einer kommunistischen Regierung dennoch den Staatskapitalismus praktizieren.

Die einzige offene Frage bei den kommenden Wahlen ist: Schafft Evo Morales nur eine einfache oder eine Zweidrittelmehrheit? Wird er mit der Opposition verhandeln müssen, oder wird er das gar nicht nötig haben? Manche Beobachter meinen, es würde der bolivianischen Demokratie, die ja nun immerhin schon 32 Jahre hält, ganz gut tun, wenn im Parlament mal wieder nicht mehr nur Beifall geklatscht, sondern auch wirklich diskutiert und verhandelt würde.

*Der Politikwissenschaftler Rafael Archondo ist Journalist und Buchautor. Bis 2012 war er Botschafter Boliviens bei den Vereinten Nationen. Derzeit leitet er beim Radionetzwerk Erbol das Programm «mapamundi».*

Übersetzung: Cordi Thöny

# INDIGEN GEPRÄGTE MITTELSCHICHT

Bolivien erlebt eine rasante gesellschaftliche Transformation. Es ist nötig, diese zu verstehen, um die bevorstehenden Wahlen einzuordnen. Dank der hohen Rohstoffpreise in den letzten zehn Jahren – davon hat Lateinamerika allgemein profitiert – und der Verstaatlichung des Erdöl- und Erdgassektors (2006) hat Bolivien seine Staatseinnahmen markant erhöhen und eine entsprechende Umverteilung vorantreiben können. Gleichzeitig hat das Land ein makroökonomisches Gleichgewicht zu halten vermocht, weshalb man im Fall Boliviens sicher von einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum sprechen kann. Auf sozialer Ebene hat sich dieses Wachstum in der Entstehung einer neuen, wenn auch noch anfälligen Mittelschicht geäußert. Sie ist sozial mobil, konsumfreudig, aber auch stark indigen geprägt.

Traditionellerweise haben sich die Mittelklassen in Lateinamerika aus dem Rohstoff- und dem internationalen Import- und Exportgeschäft oder aus dem staatlich geführten Industriesektor heraus entwickelt, haben dabei in hohem Maße westliche Werte angenommen, ein starkes Bedürfnis entwickelt, sich von ihren Ursprüngen abzuheben, und sich politisch stets konservativ verhalten. Die Lage im heutigen Bolivien zeigt sich anders: Geld lässt sich vor allem in dem aus den indigenen und städtischen Unterschichten entstandenen informellen Sektor machen (informeller Handel, Transportsektor, Bergbau-genossenschaften, im Tiefland auch Landwirtschaft).

Studien haben gezeigt, dass diese Konstellation mit dem Marktmonopol zu tun hat, das ethnisch und familiär eng vernetzte indigene Händler innerhalb des Landes aufgebaut haben. Dank der starken Migrationsströme nach Argentinien und Brasilien und Verbindungen zu China haben sie auch außerhalb Boliviens sehr gute Kontakte. Diese Familiennetzwerke können flexibler auf die regionale Nachfrage reagieren als die formelle staatliche oder private Wirtschaft: Sie schaffen schnell den Schritt vom Handel zur Produktion, wechseln mit Leichtigkeit die Branche, können ihr Personal jederzeit und je nach Markt erhöhen oder reduzieren.

Mit seiner Bildungspolitik und der schrittweisen Demokratisierung der Staatsverwaltung in den 1990er Jahren hat aber auch der Staat zur sozialen Mobilität dieser neuen Mittelklasse beigetragen. Gleichzeitig begann auch der Aufstieg der MAS-Partei (Movimiento al Socialismo – Bewegung zum Sozialismus). Der junge, neue Staatsbeamte oder die neue, junge Staatsbeamtin (sie machen 10 Prozent der formell Beschäftigten aus) ist Sohn oder Tochter eines indigenen Kleinbauers, eines Kleinhändlers, eines Arbeiters, ist durchschnittlich gebildeter als es seine/ihre VorgängerInnen noch im Jahr 2001 waren, bewahrt aber gleichzeitig seine/ihre indigene Identität (48 Prozent der StaatsbeamtenInnen sind indigener Abstammung) und gehört einer sozialen Organisation, vielleicht sogar der MAS-Partei an.

Markt und Staat haben also für starke soziale Mobilität gesorgt, eine neue Mittelschicht entstehen lassen, die jedoch, weil sie sich ethnisch mit Präsident Evo Morales identifiziert, wenigstens im Moment noch auf der Wellenlänge der MAS-Partei ist.

## INDIGEN BEDEUTET NICHT MEHR ARM UND LÄNDLICH

Das Bild der Indigenen hat sich seit den 1990er Jahren stark gewandelt. Sie sind nicht mehr Synonym von ländlicher Welt, Kleinbauern, Armut und Analphabetismus. Zumindest die Angehörigen indigener Volksgruppen vom Hochland (Aymaras und Quechuas) leben in beiden Welten, in der ländlichen und der städtischen (wobei die ländliche laut Daten der Volkszählung 2014 auch immer mehr verstädert), sind in die staatlichen Strukturen und in den Markt eingebunden, sehen sich selbst als «Entrepreneur», haben Verbindungen im In- und Ausland, akkumulieren wirtschaftliches und/oder politisches Kapital und zeigen ihren Erfolg und ihr Prestige gegenüber ihresgleichen durch die Ausrichtung von großen Festen und entsprechenden Konsum. Quechuas und Aymaras sind selbstsicher und sehen optimistisch in die Zukunft.

Das soziale und kulturelle Profil dieser neuen indigenen Mittelklasse trägt zur Vormachtstellung der MAS-Partei bei. Präsident Evo Morales stammt selbst aus genau dieser Schicht, hat die städtische Welt erobert, den Markt, die Staatsmacht, hat sich kulturell entfaltet, seine Identität erhalten und gar neu gestärkt. Das Bild ist überall zu sehen: Evo Morales, Seite an Seite mit dem indigenen Volkshelden Tupac Katari (1781), beide blicken in eine vielversprechende Zukunft mit dem ersten (in China gebauten) bolivianischen Satelliten (er heißt auch Tupac Katari), der Stadtseilbahn in La Paz, einem riesigen Stadtprojekt, der industriellen, energetischen und technologischen Entwicklung.

Welche Persönlichkeit, welcher Diskurs könnte in der derzeitigen Konjunktur und im Hinblick auf die Wahlen vom 12. Oktober mit dieser Verbindung – Evo Morales und das indigene Unternehmertum – schon mithalten? Keiner der oppositionellen Kandidaten scheint die tief greifenden Veränderungen der sozialen Strukturen in Bolivien bisher rational tatsächlich verstanden zu haben. Ihre Diskurse trauern immer noch der Gesellschaft von vor 2006 nach – sie alle haben ihre Wurzeln denn auch in der Gesellschaft vor und nicht nach diesem Prozess. Das gilt für das Duo Samuel Doria Medina und Ernesto Sartori, ein Zementunternehmer und der Ex-Gouverneur des Departements Beni, das bis zu dessen Niederlage 2009 Teil des oppositionellen Halbmondes war, ebenso wie für Tuto Quiroga – ein neoliberaler Technokrat, dessen Misserfolge vielen noch allzu gut in Erinnerung sind –, auch wenn er mit Tomasa Yarhuri eine indigene Frau als Vizepräsidentenskandidatin gewählt hat. Und dann ist da noch Juan del Granado, effizienter Ex-Bürgermeister von La Paz. Er verkörpert die traditionelle, gut ausgebildete, progressive Mittelklasse, vermochte sich auch mit den indigenen Sektoren anzufreunden, hat auf nationaler Ebene jedoch wenig Rückhalt.

Die Schlüsselthemen der Konjunkturdebatte sind: Stadt und neue Mittelklasse, Modernisierung der staatlichen Dienstleistungen in den Bereichen Bürgersicherheit und Justiz, informelle Wirtschaft und deren Einbindung ins Steuersystem, Infrastruktur und Binnen- und internationaler Markt und: Energie und ökologisch verträgliche Industrie.

## RASANTES STÄDTEWACHSTUM

Das Städtewachstum in Bolivien ist rasant. Dies gilt sowohl für die regionalen Haupt- als auch für mittelgroße Städte und bringt wichtige Herausforderungen in den Bereichen Bürgersicherheit, Verkehr, steigende Immobilienpreise etc. mit sich. Die Regierung (MAS-Partei) und die Stadtregierung von La Paz (MSM) treiben verschiedene Programme für den öffentlichen Verkehr voran und buhlen so um die Gunst der WählerInnen in La Paz.

Ein weiteres brennendes Thema ist die steigende Gewalt im Land – auch sie ein wichtiges Wahlkampfthema. Sie zeigt sich nicht so sehr in der Zahl der Tötungsdelikte – die ist im Vergleich zum lateinamerikanischen Durchschnitt immer noch gering – als vielmehr in der Unsicherheit für die BürgerInnen (Entführungen, Menschen- und insbesondere Frauenhandel) sowie in der steigenden Zahl sichtbarer Fälle von innerfamiliärer Gewalt. Die Fortschritte in der Geschlechterfrage sind trotz der ethnischen Demokratisierung nur gering. Die Frauen sind zwar auch Teil des oben beschriebenen sozialen Aufstiegs, ihre Situation innerhalb der Familie hat sich jedoch kaum verändert. Noch immer sind Frauen allein für Haushalt und Kinder verantwortlich, viele erfahren Gewalt von ihren Ehe- oder Lebenspartnern.

Als Fortschritt können zwei Geschehnisse gewertet werden, die vor Kurzem Öffentlichkeit und Presse bewegten und die Genderproblematik zum Thema machten: Ein Kandidat der Regierungspartei machte die Art und Weise, wie Frauen sich kleiden, für Gewaltakte gegen sie verantwortlich und wurde für diese Aussagen heftig kritisiert und verurteilt. Ein anderer – diesmal von der oppositionellen Unidad Democrática (UD, Demokratische Einheit) – musste seine Bewerbung zurückziehen, nachdem publik geworden war, dass Anklagen wegen innerfamiliärer Gewalt gegen ihn vorlagen.

Die mangelnde öffentliche Sicherheit in den Städten, überlastete Gefängnisse und Gerichte stellen – ganz abgesehen von deren traditioneller Ineffizienz – für viele BürgerInnen eine Sorge dar, politische Vorschläge zum Thema gab es bisher jedoch nur vereinzelt. Auch nach einer Justizreform (Wahl neuer RichterInnen etc.) sieht es leider nicht so aus, dass die Judikative sich zu einem effizienten und unabhängigen Staatsorgan wandeln könnte.

Angesichts des neuen sozialen Kontextes verwundert es, wie wenig Aufmerksamkeit das Thema Jugend erfährt. Außer der MAS-Partei, die mit 34 jungen KandidatInnen für die kleine Parlamentskammer einen gewissen Generationenwechsel fördert, hat keine der anderen Parteien dem Thema Bedeutung beigemessen, obwohl der Wandel in Bolivien ja gerade die Jugend und deren Zukunftsperspektiven betrifft.

Ein kaum zu vermeidendes konfliktreiches Thema ist für die KandidatInnen die Einbindung des wachsenden informellen Wirtschaftssektors, der bisher keine Steuern entrichtet, ins Steuersystem. Hier gibt es gute Fortschritte, immer mehr BolivianerInnen bezahlen Steuern, die entsprechenden Einnahmen des Staates steigen, der Kampf gegen Schmuggelbanden wird intensiv geführt. Die Fortschritte sind umso erwähnenswerter, als es sich bei den informellen HändlerInnen um gut organisierte Gruppen handelt, die sehr wohl in der Lage sind, sich zu mobilisieren, durch Blockaden wichtige Straßenverbindungen lahmzulegen, und die auch ein nicht zu verachtendes Wählerpotenzial darstellen.

Die fortschreitende Einbindung der indigenen, kleinbäuerlichen, armen und bisher von der Gesellschaft ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen in die soziale Mobilität erfordert die Konsolidierung des wirtschaftlichen Wachstums. Wie aber soll dies allein durch die Ausbeutung von Rohstoffen wie zum Beispiel Erdgas, deren Preise auf dem Weltmarkt jederzeit sinken können, und unter Wahrung angemessener Reserven geschehen? Die Präsidentschaftskandidaten versichern im Wahlkampf zwar, dass der Staat hier und auch in der industriellen Entwicklung weiterhin eine zentrale Rolle spielen soll – wie diese Rolle auch im Hinblick auf den aktuellen internationalen Kontext konkret aussehen soll, vermag jedoch keiner zu sagen.

Wie stehen die Chancen dafür, dass Bolivien es mit dem Rohstoffboom schafft, Erdgas und Erdöl nicht nur zu fördern, sondern auch das Land selbst zu industrialisieren, um so der Abhängigkeit von den Schwankungen der internationalen Rohstoffpreisen zu entfliehen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen? Und wie die Rohstoffindustrie, die mit wenig Arbeitskraft auskommt, mit anderen, arbeitskraftintensiveren Industriezweigen kombinieren, die für eine angemessene Beschäftigungslage sorgen können, und gleichzeitig Schutz und Respekt der Mutter Erde sowie die Einhaltung internationaler Abkommen sicherstellen? Und last, but not least: Können mit entsprechender technischer Unterstützung und der Öffnung der staatlichen Märkte die Möglichkeiten der indigenen UnternehmerInnen und ihrer Netzwerke soweit verbessert werden, dass sie auch auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig werden und Bolivien so vielleicht sogar zu einem bedeutenden Textilindustrieland oder aber zu einem wichtigen Verbindungsglied für den Handel zwischen Atlantik und Pazifik wird? Dies sind einige der Herausforderungen, die auf die Regierung, die am 12. Oktober gewählt wird, zukommen werden.

*Die Soziologin Ximena Soruco Sologuren hat an der Universität Michigan in Literaturwissenschaft promoviert und arbeitet in Bolivien im staatlichen Programm für strategische Forschung PIEB. Sie ist Autorin mehrerer Bücher. Zurzeit forscht sie zu bolivianischem politischen Denken und kolonialer Subjektivität.*

Übersetzung: Cordi Thöny